

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich -

Datum: 28.04.2011

Ort: Beratungsraum 118 des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:33 Uhr - 17:36 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Berthold Brehm

Beschlussfähigkeit

Soll:	13	Stadträtinnen/Stadträte
Ist:	12	Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	dienstlich
Herr Dr. Gerhard Schultz	CDU-Ratsfraktion	Urlaub
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	dienstlich
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	private Gründe

Verspätetes Erscheinen

Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	17:32 Uhr; TOP 7.1; dienstlich
---------------------	------------------	-----------------------------------

Stadtratsmitglieder

Herr Axel Brückom	SPD-Fraktion
Herr Hubert Gintschel	Fraktion DIE LINKE
Herr André Horváth	SPD-Fraktion
Herr Christian Kempe	CDU-Ratsfraktion
Herr Wolfgang Meyer	Fraktion FDP
Herr Dr. Peter Neubert	Fraktion DIE LINKE
Frau Christine Pastor	Fraktion DIE LINKE
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Margitta Hochmuth	CDU-Ratsfraktion	i. V. für Herrn Dr. Schultz
Herr Benjamin Jahn	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	i. V. für Herrn Kohlmann
Herr Wolfgang Kraneis	SPD-Fraktion	i. V. für Herrn Wirth
Herr Thomas Lehmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	i. V. für Frau Zais

sachkundige Einwohner

Herr Ralph Burghart
Herr Dr. Wolfgang Degner
Herr Werner Glaesel
Herr Heinz-Dieter Gollmar
Herr Jürgen Renz

beratend Teilnehmende

Frau Heidemarie Lüth	Bürgermeisterin Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Babett Colditz	Referentin Dezernat 2
Frau Annekatriin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Tilo Keller	Abteilungsleiter Abt. 20.2
Frau Hannelore Mehlhorn	Amtsleiterin Amt 21
Herr Raik Ullrich	Abteilungsleiter Abt. 11.2

Schriftführer

Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
-------------------	--------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Brehm** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Er gibt die Namen der entschuldigt fehlenden Ausschussmitglieder und der anwesenden Stellvertreter bekannt.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen **keine** Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich - vom 31.03.2011
-

Gegen die Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Sie ist somit **genehmigt**.

- 4 Bekanntgabe des Beschlusses aus der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses vom 31.03.2011
-

Herr Bürgermeister Brehm gibt den Beschluss bekannt:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beauftragte die Verwaltung, den am 18. Januar 2011 vor dem Verwaltungsgericht Chemnitz in der Verwaltungsstreitsache Gausepohl Fleisch GmbH ./.. Stadt Chemnitz (Az.: 4 K 181/07) geschlossenen Vergleich anzunehmen und stimmt damit dem teilweisen Erlass der Gebührenforderungen in Höhe von 248.109,14 € zu.

5 Beschlussvorlagen an den Verwaltungs- und Finanzausschuss

- 5.1 Regelungen zur Weiterleitung der Investitionspauschale für Bau, Sanierung und Ausstattung von Krankenhäusern nach dem Gesetz über die Gewährung einer Investitionspauschale
Vorlage: B-117/2011 Einreicher: Dezernat 2/Amt20
-

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, für welche Jahre die Regelungen beschlossen werden sollen. **Herr Keller (Abteilungsleiter Abt. 20.2)** antwortet, dass für die Jahre 2011 und 2012 das Prozedere und nur für 2011 der konkrete Betrag beschlossen werde. **Frau Härtel (Amtsleiterin Amt 20)** ergänzt, dass der Betrag für 2012 noch nicht beziffert werden könne, da nur der Bescheid für 2011 vorliege.

Herr Stadtrat Lehman möchte wissen, ob die Stadt Geld für die Weiterleitung erhalte. **Herr Keller** entgegnet, dass Aufwendungen vom Land nicht erstattet werden.

Bezug nehmend auf eine Frage von **Herrn Gollmar (sachkundiger Einwohner)**, sagt **Herr Keller**, dass es die Entscheidung der Stadt sei, an welche Krankenhäuser die Investitionspauschale weitergeleitet werde.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Alle drei aufgeführten Krankenhäuser besäßen Gemeinnützigkeitscharakter.

Beschluss B-117/2011

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt:

1. die Aufteilung der anteiligen Investitionspauschale gemäß dem „Gesetz über die Gewährung einer Investitionspauschale an die Kreisfreien Städte und Landkreise in den Jahren 2011 und 2012 sowie über die Gewährung einer Straßenbaupauschale“ auf die drei territorialen Krankenhäuser in der Stadt erfolgt auf der Basis des Umlegungsschlüssels „Planbetten“ des aktuellen Krankenhausplanes des Freistaates Sachsen
2. die entsprechende Weiterleitung der investiven Fördermittel an das DRK Krankenhaus Chemnitz-Rabenstein, die Klinikum Chemnitz gGmbH und die Zeisigwaldkliniken Bethanien Chemnitz und das unter der Voraussetzung der Bewilligung gemäß Förderfähigkeit nach § 10 Sächsischen Krankenhausgesetz (SächsKHG) im Rahmen des o. g. Budgets

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen)

6 Informationsvorlagen an den Verwaltungs- und Finanzausschuss

- 6.1 Voraussetzungen zur Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe in der Stadt Chemnitz
Vorlage: I-032/2011 Einreicher: Dezernat 2/Amt 21
-

Frau Mehlhorn (Amtsleiterin Amt 21) erläutert die Hintergründe der Informationsvorlage.

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob den Stadträten die Beurteilung des SMI zur Kulturförderabgabe zur Verfügung gestellt werden könne. **Herr Bürgermeister Brehm** sagt, dass die Beurteilung nachgereicht werden könne.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) meint, dass die Informationsvorlage nicht Gegenstand des Auftrags aus der Maßnahme 21/08 des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzeptes war. Die Verwaltung sei damals beauftragt worden, die Voraussetzungen für die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe zu schaffen. Zudem müsse laut dem Bescheid der Landesdirektion eine Ersatzmaßnahme durchgeführt werden, wenn eine EKKo-Maßnahme nicht umgesetzt werden könne.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass die Stadt Köln eine Fremdenverkehrsabgabe erhebt und fragt, warum dies nicht auch in Chemnitz möglich sei.

Herr Bürgermeister Brehm macht deutlich, dass die Informationsvorlage nur einen Zwischenstand darstelle. Er betont, dass Haushaltsrecht Ländersache sei. Zudem sei die Stadt Chemnitz nicht der Gesetzgeber und damit abhängig vom Kommunalabgabengesetz.

Herr Gollmar (sachkundiger Einwohner) gibt zu bedenken, dass bei der Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe mit vielen Klagen zu rechnen sei. Die Kosten dafür wären höher als die Einnahmen durch die Abgabe.

Frau Stadträtin Hochmuth (CDU-Ratsfraktion) ist der Auffassung, dass Chemnitz keine Touristenstadt sei. Wenn die Abgabe eingeführt werden würde, kämen noch weniger Besucher.

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) bedauert, dass eine Fremdenverkehrsabgabe nicht eingeführt werden könne.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) fragt, ob es schon Überlegungen gebe, die wegfallende Summe einnahmeseitig zu decken. **Herr Bürgermeister Brehm** meint, dies müsse noch diskutiert werden.

Herr Glaesel (sachkundiger Einwohner) weist darauf hin, dass laut dem Bescheid der Landesdirektion „unverzüglich“ Ersatzmaßnahmen zu treffen sind und fragt, ob dies bis zum 30.06.2011 geschehen werde. **Herr Bürgermeister Brehm** entgegnet, dass an diesem Tag das EKKo 2011 abgerechnet werde. Die Ersatzmaßnahme müsse spätestens mit dem Haushalt 2012 beschlossen werden.

Herr Dr. Degner (sachkundiger Einwohner) fragt, warum nicht bereits im Vorfeld geprüft wurde, ob die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe möglich sei. **Frau Härtel (Amtsleiterin Amt 20)** antwortet, dass der Änderungsantrag erst kurz vor der damaligen Stadtratssitzung eingereicht wurde.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) fragt, ob und wann der Stadtratsbeschluss aufgehoben werden muss, wenn die Abgabe nicht eingeführt werden könne. **Herr Bürgermeister Brehm** sagt, dass dies geschieht, wenn eine Alternative vorliegt.

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss **nimmt** die Informationsvorlage Nr. **I-032/2011 zur Kenntnis**.

7 Verschiedenes

7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen seitens der Verwaltung.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

- **Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** stellt Fragen zu einer Ratsanfrage bezüglich offener Grundsteuerforderungen und zu einer Anfrage im sächsischen Landtag bezüglich zurückgegebener Fördermittel im Rahmen des Konjunkturprogramms. **Herr Bürgermeister Brehm** sichert eine schriftliche Beantwortung zu. **Herr Stadtrat Prof. Dr. Schmalfuß (Fraktion FDP)** kritisiert in diesem Zusammenhang den Umgang mit Anfragen.
- **Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** fragt, wieso die nun erzielte Einigung zur Durchführung des Sommerkinos nicht schon eher erreicht wurde. **Herr Bürgermeister Runkel** antwortet, dass der Veranstalter zunächst nicht das geforderte Gutachten in Auftrag geben wollte. Daher wurde ein Vertragsentwurf mit auf-schiebender Bedingung entworfen. **Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** weist darauf hin, dass laut dem Umweltamt eine Durchführung der Veranstaltung nicht möglich sei. **Herr Bürgermeister Runkel** sagt, dass das Gutachten abgewartet werden müsse. **Frau Bürgermeisterin Lüth** ergänzt, dass die Durchführung anderer, bereits geplanter, Veranstaltungen gesichert sein müsse.
- **Herr Glaesel (sachkundiger Einwohner)** fragt, ob die Vertragsverhandlungen mit der Gunzenhauser-Stiftung abgeschlossen seien. **Herr Bürgermeister Runkel** entgegnet, dass es noch keine Antwort der Landesdirektion zur Genehmigungsfähigkeit gebe. Möglicherweise werde es aber noch vor der Sommerpause zu einem Ergebnis kommen.
- **Herr Stadtrat Gintschel** nimmt Bezug auf den Prüfbericht 41/2010 (Abschluss und Abrechnung von HOAI-Verträgen im Grünflächenamt in den Jahren 2008/2009) und bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht. **Herr Bürgermeister Runkel** teilt mit, dass das Rechtsamt derzeit die Rückforderungsmöglichkeit, nicht jedoch den Prüfbericht selbst, prüfe. **Frau Falk (Amtsleiterin Amt 14)** ergänzt, dass das Rechnungsprüfungsamt diese Rückforderungsprüfung empfohlen habe. Der Prüfbericht sei mittlerweile vom Rechnungsprüfungsamt anerkannt worden.

- 8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** und **Herr Stadtrat Kempe (CDU-Ratsfraktion)** bestimmt.

* * *

Herr Bürgermeister Brehm schließt die Sitzung.

06.05.2011 *Brehm*
Datum Brehm
Vorsitzender
des Ausschusses

06.05.2011 *A. Horváth*
Datum Horváth
Mitglied
des Ausschusses

09.05.2011 *Chr. Kempe*
Datum Kempe
Mitglied
des Ausschusses

04.05.2011 *Haase*
Datum Haase
Schriftführer